

hoffe, daß die Genossen aus der Tradition der deutschen Partei vom Beginn der Revolution bis zum 10. Parteitag nicht nur die Lehren ergreifen, sondern lernen, daß es zum bolschewistischen Sozialismus notwendig ist, neues Leben in die Gewerkschaftsarbeit hineinzubringen. Deshalb muß der Parteitag nicht nur seine Zustimmung geben zu den Resolutionen, sondern er muß auch zur Verwirklichung derselben die Aufgaben lösen, die im Moment mit dem neuen Parteitag verbunden sind.

Ich glaube aus der Diskussion über die Taktik folgende besondere Charakteristika herausgreifen zu müssen: Genosse Rosenberg ist einer von denjenigen Genossen, die ihre Ansichten am klarsten geäußert haben, der bewiesen hat, daß er wirklich eine politische Plattform hat. Er hat 1. B. in Verbindung mit der Einheitsfront die Frage der Einheitsfront über die Einheitsfront diskutiert, wie sie in den Fragen Republik und Demokratie zum Ausdruck kam, einem Standpunkt gleich, der in der Praxis bedeutet eine Revision der Beschlüsse des 5. Weltkongresses. Und wenn Rosenberg eine solche politische Plattform hat, bedeutet es, daß er noch seiner Auffassung 1. die Einheitsfront, 2. die Zentrale der deutschen Partei, daß sie eine Revision der Beschlüsse des 5. Weltkongresses und der in Frage kommenden Beschlüsse des Januar-Zentralausschusses vorzunehmen. Also wie haben es hier wirklich mit einem politischen Gegner in der Partei zu tun, der eine Plattform hat. Die letztmögliche Staatsform verlangt aber, daß man die Veränderungen in der Staatsform nicht nur beachten muß, sondern danach seine Taktik einstellt.

Wenn der Genosse Scholem erklärt, daß sich seit Frankfurt in der Parteigeschichte absolut nichts geändert hat, so ist es Aufgabe und Pflicht des Parteitag, sich zu überlegen, ob sich in diesem Jahre wirklich politisch geändert hat. Ich erinnere daran, daß damals nicht nichts geändert hat. Ich erinnere daran, daß damals noch keine Arbeiter-Revolutionen stattfanden in London noch nicht angenommen war, ich erinnere daran, daß sich die Auswirkungen, die sich aus dem Dawes-Gutachten ergeben, noch nicht vorhanden waren, ich erinnere daran, daß die Regierung die auf Grund der Auswirkungen des Dawes-Gutachtens erforderlichen Summen für die nächsten Jahre, die in Form von Zinsrückstellungen und Steuern herbeigeschafft werden sollen, noch nicht beschaffen konnte. Ich verheide nicht, wie man sich als Politiker überlegen und sagen kann, daß sich in Deutschland die Klassenverhältnisse nicht verändert haben. Sie haben sich wesentlich verändert, sie verändern sich unendlich. Wir leben, da! sich die Gruppenverhältnisse in kapitalistischen Kreisen durch den Zusammenbruch des Einheitskongresses verändert haben. Der Einheitskongress war mit dem Anarchismus verbunden, nachdem jetzt der Einheitskongress zusammengebrochen ist, leben wir auf einmal, daß das Anarchistische wieder einmündet wird. Wenn Genosse Scholem sagt, daß sich die Situation nicht geändert hat, so hat er nicht gefehlt. Die Situation hat sich verändert, das muß man erkennen und wir müssen dazu Stellung nehmen, was strategisch und taktisch darauf einfließen, unter Berücksichtigung der bolschewistischen Grundsätze.

Dann müssen wir bei diesen innerpolitischen Fragen auch folgende bedenken. Augenblicklich rühren in der Arbeiterpolitik auch in Deutschland zwei in der Welt bestehende Kräfte. Der Einheitskongress vertritt die deutsche Bourgeoisie den Eintritt in den Völkerbund durch keine Erschließungen in der Erfüllung der Reparationsleistungen schuldig zu machen. Wenn das gelingt, was in den nächsten Wochen bereits der Fall sein wird, daß die deutsche Regierung sich mit dem Einheitskongress verhandelt, dann bedeutet das zugleich eine Frontstellung gegen Sowjetrußland. Das ist eine alte Front mit vollkommen neuen Erschließungen. Rußland vertritt die deutsche Bevölkerung aufzuklären, daß sie von dem Einheitskongress bekommen hat und auch in der Zukunft nicht zu erwarten hat. Und wenn die deutsche kommunistische Partei in der Stellung zum Dawes-Gutachten und zum Versailler Friedensvertrag in verschiedenen sich daraus ergebenden außenpolitischen Fragen die richtige Stellung einnimmt, so müssen wir auch jetzt verstehen, daß inner Kampf zwischen dem Einheitskongress und Sowjetrußland eine andere Bedeutung hat, als noch vor einigen Monaten.

Der Genosse Weber, als die dritte Tendenz, die hier zum Ausdruck gekommen ist, hat erklärt, daß er die Anwendung der Einheitsfronttaktik von oben für alle Ereignisse ablehnt. Wenn eine Massenbewegung nicht vorhanden ist, wenn nicht die Möglichkeit besteht, daß wir die Massen aus den Betrieben organisieren können durch die Gewerkschaften oder sonstige, dann ist es unsere Aufgabe, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, innerhalb einer Massenbewegung zu entstehen. Dabei ist vorzubringen, daß die Einheitsfronttaktik von unten die erste politische Bedingung für die Partei hat. Wenn aber keine Massenbewegung vorhanden ist, in der die Masse nicht reagiert, dann muß die Zentrale dieser Situation, die sich im Parlament abspielt, nicht nur Rechnung tragen, sondern versuchen, die Situation, wenn die Schwierigkeiten in der Bourgeoisie vorhanden sind, auszuweichen, die Helfer der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten, zu erklären, die Schwierigkeiten in der Bourgeoisie verdrängen.

Und es gibt Situationen, wo durch irgend einen offenen Brief, wenn man sich zu gleicher Zeit an die Arbeiter wendet, die Möglichkeit besteht, daß dieser offene Brief die Gefahr besteht, daß eine Massenbewegung dadurch intensiver wird, wenn unsere Genossen es verstehen, unsere Auffassung politisch zu verteidigen und zu vertreten.

Dann natürlich gibt es kein Bedenken von offenen Briefen. Dabei würde man zugrunde gehen, aber zwei offene Briefe sind herausgegeben und die Begründungen und Entscheidungen machen viel mehr davon Gebrauch als wir es tun. Selbst, daß ich zu bebauern, weil es lächerlich wirkt. Man kann einen offenen Brief nur richten, bei dochwichtigen politischen Situationen, wo man glaubt, daß Massenbewegungen ausbrechen werden können. Dann muß man auf der politischen Ebene auftreten und sein politisches Bestehen zum Ausdruck bringen.

Dann sagt der Genosse Weber, trotzdem wir eine solche Situation hatten, haben wir unseren Stand der Organisation behalten. Der Standpunkt der kommunistischen Partei muß der sein, daß in einer Entwicklung der Epoche der revolutionären Entwicklung wir dazu überzugehen haben, unserer Partei zur gleichen Zeit einen Massencharakter zu geben. Natürlich ist das schwer. Der Genosse Weber glaubt eine Linie ziehen zu können zwischen dem Verhalten vor dem Krieg und heute und er sagt, er will nicht reden von 1923, 1920 und 1918. Aber er sagt, wie sie heute sind die Verhältnisse, sind sie günstiger als vor dem Krieg. Heute ist die Situation doch so, daß die Partei versucht, trotz aller Schwierigkeiten, die die Bourgeoisie ihr macht, trotz des Einflusses der Reformisten, die Partei nicht nur ihren Bestand zu erhalten, sondern dazu übergeht, neue Massen in sich aufzunehmen. Und Genosse Weber, wie war das vor dem Krieg? Konnten sich da die Linien in der Partei entwickeln? Wurden sie nicht im Krieg, immer Kampfen gegen die Entwicklung im Parteivorstand der SPD? Wie lange haben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gekämpft, um einen wirklichen Faktor zu bilden, der sich zum Ausdruck bringen konnte.

Dann zu dem Genossen Simon. Der scheint mit einer von denen zu sein, die gefährlich mit den Genossen gehen, ohne eine wirklich ernste politische Plattform zu haben. Wir haben auf dem Frankfurter Parteitag eine ganze Anzahl Delegierter gehabt, die auch den Standpunkt der Partei in der Gewerkschaftsfrage nicht verstanden. Sie begriffen nicht, daß

man in den Betrieben, wo die Massen loslösen muß aus den Händen der Reformisten.

Weber erklärt, daß, was Scholem richtig gesagt habe, in das, daß auch Fischer — nicht Scholem und Rosenberg — seit Frankfurt geändert habe. Natürlich hat er sich geändert, aber wie, darauf kommt es an. Sie hat sich geändert, aber unter Beibehaltung der bolschewistischen Grundsätze, weil sich die Verhältnisse geändert haben. Und wenn die Genossen sich nicht der gegebenen Situation entsprechend ändern, dann sind sie keine Bolschewisten.

Eine Zentrale, die der Situation entsprechend ihre Strategie nicht ändert, kann die revolutionäre Arbeiterklasse nicht führen. Und wenn der Genosse Weber sich hinsetzt als der Vertreter der heutigen Politik, so bestehen die Differenzen zwischen Weber und der heutigen Politik, so bestehen die Differenzen zwischen der Einheitsfronttaktik und der Einheitsfronttaktik. Weber erklärt, daß Einheitsfronttaktik nur Entlassungstaktik ist. Wenn die Zentrale einen solchen Standpunkt vertritt, ist das katastrophal. Einheitsfronttaktik nur zur Entlassung bedeutet, ist ein Massen zu gewinnen für den revolutionären Kampf. Dabei natürlich erlaube man die Bourgeoisie und ihre Helfer, die Reformisten. Aber die Einheitsfronttaktik geht darüber hinaus den Kampf zu organisieren für die Befreiung des Proletariats.

Ich will jetzt zum Schluß hervorheben, daß die Delegierten in auch die Aufgabe haben, nicht nur der Lösung der Parteifrage ihre Aufmerksamkeit zu schenken, sondern auch der Frage Aufmerksamkeit zu schenken, die der Genosse Weber das fordert, bedeutet langsamen Untergang, und weil nur durchgebrochen werden durch den Kampf auf der Straße, nicht im Parlament. Das politische Programm der kommunistischen Partei ist natürlich das, daß im erhöhten Stadium der Klassenkämpfe die Politik auf der Straße gemacht wird. In der gegenwärtigen Situation aber Politik auf der Straße machen, ohne sich auf die Plattform zu beziehen, von der aus die Möglichkeit besteht, den Klassenkampf durchzuführen, ist unmöglich. So isoliert arbeiten in der Partei, wie der Genosse Weber das fordert, bedeutet langsamen Untergang, und weil wir versuchen müssen, die Massen von der SPD zu trennen, weil wir sie in der gegenwärtigen Situation zu gewinnen haben, deshalb müssen wir alle Mittel des kapitalistischen Staates anwenden, um in die Massen einzudringen.

Wenn man so den Ernst der Situation im internationalen Maßstab sieht, und wenn da die Genossen Scholem und Rosenberg einen Standpunkt vertreten, der gegen die Internationale gerichtet ist, also in der politischen und der isolierten Frage, so muß man doch auch die Ermüdung prüfen, die sich ergeben hat bei der Stellung vorwärts auf den verschiedenen Weltkongressen. Vorwärts vertritt einen solchen Standpunkt, der verhandelt nicht, daß Ökonomie und Politik zusammen gehören, er nahm einen antiparlamentarischen Standpunkt ein, er akzeptierte nicht die Einheitsfronttaktik und er nimmt jetzt wiederum in der Stellung zur Einheitsfront einen isolierten Standpunkt ein. Wenn man dem zustimmt, wie die Genossen Scholem und Rosenberg, so isoliert man sich mit einer Tendenz, die nicht die Tendenz des 5. Weltkongresses ist.

Ich will noch darauf hinweisen, daß die Mehrheit der Delegierten jetzt hat, daß sie versuchen wollen, die Traditionen, die als Reife aus der Sozialdemokratie noch übernommen werden müßten, zu beseitigen und daß sie eingesehen haben, daß sie noch nicht berechtigt sind, genau so wie die deutsche Bourgeoisie sich in den Namen der imperialistischen Pläne der Weltwirtschaft stellt, ist er unsere Aufgabe, das Signal zu beantworten mit der revolutionären, lebendigen Kraft, die bedeutet: Sammlung der Massen für die revolutionären Aufgaben, die bedeutet, gegen den Krieg, den Bürgerkrieg, die Kraft zu führen, die das Fortschritt wird für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse. (Beifall.)

L. Polemik gegen rechts und ultralinks

Schlußwort.

Ruth Fischer, Zentrale:

Ich werde in meinem Schlußwort über zwei Fragen noch einmal kurz sprechen müssen. Einmal über den gemeinsamen Charakter aller jener ultralinken Auffassungen. Ich werde zunächst beginnen mit Rosenberg, der sich selber nicht besser kennzeichnen konnte, als dadurch, daß er erklärte, das Material der politischen Reaktionen sei uninteressant gewesen, weil es sich zu sehr mit ihm beschäftigt hätte. Dadurch hat er ausgedrückt, daß er seine eigene Stellung in der politischen Frage für unwichtig hält. Wenn man sich darüber befragt, dann hält man sich für belanglos, das man sich nicht der Mühe wert hält, damit zu beschäftigen. (Sehr gut.)

Der Standpunkt der numerischen Kräfte, vom Standpunkt der Einwirkung auf die Arbeiterklasse hat Rosenberg recht. Seine Auffassungen sind wirklich belanglos für die Arbeitermassen. Es handelt sich um die Selbstbeziehung der Partei, daß sie sich nicht verteidigen lassen darf irgendwelche rhetorischen Kunststücke, ihn nur einen Augenblick ernst zu nehmen. Deswegen muß ich auf einiges eingehen. Zunächst eine Vorbemerkung. Rosenberg hat keine anderwärts wichtige Bedeutung nicht bekommen, um über Parteipolitik zu sprechen, sondern um hier zu erklären, wie er den Vorwurf der Koalitionspolitik der Partei macht. (Sehr richtig.)

Wir haben ihm die Redezeit gegeben, zu erklären, warum Rosenberg behauptet, daß die Partei Koalitionspolitik treibe. Es war ein sehr verständliches Randwort, warum er lieber über das Einheitsfront geredet hat, als darüber, warum man eine Methode der Partei als falsch bezeichnet.

Ran möchte ich auf drei Dinge eingehen. Zunächst hat er erklärt, daß die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen die Wichtigkeit des Dawes-Gutachtens haben. Sie aber gleich zu sagen mit dem Dawes-Gutachten, scheint sehr groß daneben gebauert zu sein. Genosse Rosenberg hat die Auffassung vertreten, als ob der deutsch-französische Handelsvertrag zu einer Ausgleichung aller Gegensätze führen würde. Er hat dabei vergessen zu erwähnen, daß auch der englische Imperialismus, der amerikanische Imperialismus etwas mitzubringen hat. Und die Gedanken des Genossen Rosenberg zu Ende gebracht, erinnern an den europäischen Völkerverein und an die Vereinigten Staaten von Europa. Man muß da aufmerksam zuhören, wie diese zu solchen Dingen zu Ende gedacht sind auszuwirken. Dann Genossen, ein weiterer Punkt: Die Stellung Rosenbergs in der Frage der Komintern. Genossenschaftlich niemand verlangen von irgend einer Partei, daß sie nicht Differenzen in der Politik in sachlicher Form innerhalb der Komintern ausdrückt, wenn Gruppen soweit gehen, daß sie die Zentrale, genau wie unsere Ultralinken, sie einer erlaubten Form der Koalitionspolitik und des Opportunismus bezichtigt, dann muß halt geboten werden. Die Plattform des Genossen Vorwärts, die Rosenberg desponiert hat, in der Frage des Trojkaismus enthält u. a. auch die Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit und der gesamten Beschlüsse des 5. Weltkongresses. Es ist kein Zufall, daß Vorwärts Trojka ist, daß er eine beratende Stellung gegen den 5. Weltkongress hat. Rosenberg hat das Häuflein gelächelt gesehen den 5. Weltkongress zu sein. Das Glanzstück der Rede Rosenbergs, das man keinesfalls unbedacht lassen darf, war die Definition der Massenbewegung, die sich Rosenberg gleicher hat. Genosse Rosenberg könnte direkt einen Artikel für die 'Aktion' schreiben, das in die russische KAP-Auffassung Massenbewegung ist nach Rosenberg, wenn 20 Leute versammelt sind in seinem Namen. Dann ist er unter ihnen, Parteigenossen, nach dieser Definition gibt es überhaupt

noch sehr wenig Massenbewegung, während gerade das Wichtigste ist, zu verstehen, daß wir die Massen in unsere Richtung zu dirigieren haben, nicht daß wir zu warten haben bis die Massen von selber zu uns kommen, und daß wir jede Bewegung her auszunutzen haben und auszunutzen versuchen müssen. Damit verlaßt ich den Genossen Rosenberg, der seine eigene Belanglosigkeit dokumentiert hat und wende mich Genossen Scholem zu.

Selber hat sich der Genosse Scholem dabei ein bißchen verprochen und Dinge angefantastet, — die bei allem Willen, das nicht zu unterlassen, — in eine Reihe mit Carabel und Breitscheid zu stellen sind. Der Genosse Scholem hat uns einen theoretischen Vortrag darüber gehalten: Republik ist eine ganz gute Sache, aber Monarchie ist unter Umständen noch besser.

Der Genosse Scholem unterteilt also zwei Sorten von Kapitalismus, wie wir das auch von der Sozialdemokratie gewohnt sind. Der wirkliche Opportunismus ist der Gen. Scholem, der die englische Demokratie für besser hält als irgend eine andere. Die Arbeiter machen das dann primitiver. Wenn diese Auffassung über das Bedenken der Demokratie einen etwischen Moment in den Köpfen unserer Arbeiter Platz nimmt, dann kommt uns unsere ganze Auffassung über den Imperialismus ins Wanken, dann wird die Leninische Staatslehre zerstört und das Fundament unserer kommunistischen Partei gerüttelt und Wanken.

Ich möchte mich hier noch zur Frage Republik über Monarchie auf einige besondere Formulierungen polemisch einlassen.

Der Genosse Rosenberg hat uns da eine herrliche Definition gegeben. Wenn monarchische Gefahr nicht anders zu bedeuten soll, als Verhängung der Kapitalherrschaft, (Genosse Scholem: Das habe ich gesagt) dann heißt das, daß die Kapitalherrschaft auch anders sein kann. Es gibt also auch dem Genossen Scholem mehrere Sorten von Kapitalismus, einen angenehmen und einen unangenehmen. Während wir uns der Monarchie nicht anders als als eine bestimmte Methode der Milderung der kapitalistischen Diktatur, dieser Definition des Genossen Scholem würde die Kapitalherrschaft eine mildere, angenehmere Form des Kapitalismus. Das ist eine Liquidierung der kommunistischen Staatslehre. Die Republik ist dieselbe Kapitalherrschaft wie die Monarchie, nur leichter, nicht angenehmer. Wenn wir so die Partei der Arbeiter des Genossen Scholem unterfuchen, besteht sie darin, daß Scholem in den Grundfragen unklar ist. Ich habe in der Vorrede bereits ausführlich definiert, daß unsere Auffassung von Monarchie im Gegensatz zur Sozialdemokratie steht, daß wir sie betrachten als eine bestimmte Methode der kapitalistischen Diktatur, die einmal so und einmal so angenehm wird. Einmal regiert der Kapitalismus mit der faschistischen Hand, einmal mit sozialdemokratischem Handschuh, einmal mit einem König, je nachdem es ihm zweckmäßig erscheint, so zu verfahren. Es steht nicht zur Frage, ob es inhaltlich eine andere Form ist, sondern, wo können wir die Massen leichter sammeln zum Kampf gegen die kapitalistische Diktatur. In der demokratischen Form ist es leichter, weil es nach der Demokratie keine Monarchie mehr gibt, die als Kränze vorgeschoben werden kann.

Ich komme nun zu der konträren Frage, wie sieht der Monarchismus in Deutschland aus? Er erledigt oder nicht? Der Parteitag würde eine seiner Hauptaufgaben nicht erfüllen, wenn er nicht bereit ist, die Analyse, wie wir sie gegeben haben, richtig ist, und die Aufgaben der Gegenwart richtig umreißt. Scholem hat die Analyse nicht widerprochen, wie wir sie in den Thesen vom Dawes-Gutachten gegeben haben. Ist es richtig, was wir vom Imperialismus dritten Grades sagen, dann ist es klar, daß die Analyse vom Monarchismus bleibt, wenn man auch nicht sagen kann, in welcher Form er sich durchsetzt. In einem Artikel von Moskau wird ausdrücklich gesagt, niemand weiß, wie sich der Monarchismus durchsetzen wird. Aber die Frage ist, ob die Tendenz ist. Und es wäre oberflächlich, sich leisten zu lassen von nebenherläufigen Erscheinungen. Die Entscheidung über die November-Republik hat die Arbeiter direkt in die Arme der Monarchisten zurückgetrieben. Ich werde mich mit dieser Polemik in der Frage Republik und Monarchie begnügen. Das Widerständnis darüber, die Ueberreste von der Auffassung der einen reaktionären Klasse, das Widerständnis für die Frage Republik, daß Scholem 1. B. die englische Demokratie für eine bessere hält als die deutsche, gerade das ist das gefährliche, weil es uns zu einer wirklichen Revision unserer Auffassungen dringt.

Wenn ich mich dann nach diesen theoretischen Bemerkungen den Ausführungen von Simon und Weber zuwende, dann ist es fast schon die Gefahr, die aus der falschen Stellung dieser Fragen entstehen. Wir haben keine Ursache, uns wegen der Offenheit der Partei zu scheuen, zu erklären, daß die innere Zusammenfassung der Partei in der Partei eine der Voraussetzungen ist für die Eroberung der breiten Massen, vor allem der sozialdemokratischen Arbeiter. Und wenn dann Genossen hinreden und von Koalitionspolitik schwärmen, dann verhalten sie das Ansehen, auf dem die Partei steht. Gerade die Ausführungen von Simon und Weber zeigen, welche Gefahr droht, wenn man diese Panikmache nicht zur Ordnung ruft.

Ich werde auch auf die Frage der Einheitsfronttaktik eingehen. Hier ist die Polemik vom Scholem zusammen mit seiner Unfähigkeit besonders deutlich die Lage so zu sehen, wie sie ist. Zur Situation. Was hat sich seit Frankfurt verändert? Das Dawes-Gutachten war noch nicht abgeschlossen. Wir wußten noch nicht, wie die Entwicklung der Reparationsfrage weiterläuft. (Zwischenruf Scholem: Das ist keine Demagogie, wir wußten es genau.) Wir hätten eine kurze und eine lange Perspektive auf. Der Parteitag erklärt jetzt, daß wir auf solche Bedingungen und Aufzuspinnen gefaßt sein müssen, daß wir aber einen solchen Kampf um die Eroberung der Arbeitermassen führen müssen. Die Situation hat sich insofern geändert, als auch breite Massen die ganze Größe ihrer Widerlage begriffen haben. Dazu kommt eine Verhärtung der Position der Bourgeoisie nach allen Seiten. Dazu kommt, daß die Sozialisten die Hindenburgwahl für uns nichts neues ist. Natürlich ist es in überhaupt nichts neu. Wenn wir eine Alternative haben, so haben wir die auch vorausgesetzt und sie ist nicht neues, trotzdem wir dann vor einer ganz neuen Lage, neuen Schwierigkeiten haben werden. Natürlich, für einen Kommunisten, der einigermaßen denken kann, gibt es nichts Neues. Aber es zeigt doch, daß man nicht denken kann, daß man die Auswirkungen der Ereignisse auf die Stimmung der Arbeitermassen nicht berücksichtigt. Und dabei hat sich seit Frankfurt offenbar etwas geändert, als die Stimmung der Arbeitermassen vom Trotzkismus durch die Entwicklung der letzten Monate erkannt wird. Beragt nicht, wir haben auf dem 5. Weltkongress gesprochen von der russischen Wende und die bolschewistische Wende war auch in Deutschland da. Die Parteitagler dachten, daß wirklich das Dawes-Gutachten, Trotzk und Nachonoff eine demokratische Entwicklung bringen würden. In diesem Sinne hat sich die Situation im Weltmaßstab und im deutschen Maßstab seit Frankfurt entscheidend geändert, im der internationalen, wie in der deutschen Konstellation.

Ich komme hier zur Frage der Einheitsfronttaktik. Gerade die vorerwähnten Punkte beweisen, daß Genosse Scholem in auch schon damals nicht verstanden haben kann. Ich gebe auf die Resolution von der Delegation Liebknecht nicht ein, jeder Genosse weiß, daß man sie nicht zum Maßstab der Dinge machen kann. (Scholem: Sehr gut.)

Sehr gut, sagt Genosse Scholem. Was ist Konzentrierung? Die konträre Analyse der jeweiligen Lage und danach die Taktik einrichten. Und Genosse Scholem will ein hartes Exekutiv haben. Gerade unsere Lösung auf dem 5. Weltkongress, Konzentrierung der tatsächlichen Methoden, konträre Analyse der jeweiligen Lage, das ist ja das, was Genosse Scholem schon damals nicht verstanden haben kann.

(Kontinuation folgt)